

ANNE PHILLIPS

## Geschlecht und Demokratie

Aus dem Englischen von  
Christel Erbacher-von Grumbkow

Rotbuch Verlag

**Institut für Gesellschaftspolitik**  
an der Hochschule für Philosophie  
- Bibliothek -

### *Die Paradoxa der Partizipation*

tieren, weshalb Engagement und Partizipation auf Versammlungsbasis das gleiche Wahlrecht niemals ersetzen können. Trotz all seiner unbestreitbaren Mängel hat bislang noch niemand eine zufriedenstellende Alternative zum gleichen Wahlrecht für alle gefunden, und alle Bemühungen zur Verbesserung der Partizipation können weiterhin nur Ergänzung sein. Dies ist kein dramatisch neuer Gesichtspunkt, denn viele haben bereits die falsche Gegenüberstellung von direkter und repräsentativer Demokratie angeprangert (z. B. Mansbridge 1980; Bobbio 1988; Held 1986; Keane 1988a) und darauf hingewiesen, daß all jene Schlußfolgerungen, die wir möglicherweise hinsichtlich einer Ausweitung oder Verstärkung der Demokratie ziehen, nicht als Alternativen zur Repräsentation betrachtet werden sollten.

### VI WAS STIMMT NICHT MIT DER LIBERALEN DEMOKRATIE?

Es gehört zu den Schwierigkeiten im Umgang mit der liberalen Demokratie, daß die intelligentesten Bemerkungen gewöhnlich den Kritikern eines Konsenses zufallen, während von seinen Verteidigern mit ihren praktisch-vernünftigen Argumenten deutlich weniger intellektuelle Anziehungskraft ausgeht. Die schon Jahrhunderte währende Auseinandersetzung zwischen dem Liberalismus und seinen Kritikern scheint dies zu bestätigen. Im Vergleich zu den Alternativen hatte es die liberale Tradition in den westlichen Demokratien verhältnismäßig leicht, und obwohl ihre streitbaren Verfechter auf eine wachsende Zahl von Gegebenheiten verweisen können, bei denen die Praxis hinter der Theorie zurückbleibt, kann der Liberalismus im allgemeinen eine Position der Mitte behaupten. Vielleicht ist dies einer der Gründe dafür, daß die Anhänger des Liberalismus ihre Sache zuweilen auf die langweiligste Art vertreten haben. Es gibt gelegentliche Höhenflüge der Vorstellungskraft, die der liberalen Tradition einen Hauch großer Theorie verleihen, zuletzt Fukuyama (1989), der die politischen Erfolge des Liberalismus in einen anspruchsvollen hegelianischen Rahmen stellt und als Resultat das Ende der Geschichte verkündet. Sehr viel häufiger bezieht der Liberalismus seine Kraft freilich aus der Tatsache, daß er praktisch (*common*) *ist* und daher am meisten Sinn (*sense*) macht.

Diejenigen, die den Liberalismus mit Mängeln behaftet sehen, haben eindrucksvoll starke Kritik geübt und bieten all jenen, die an theoretischen Erörterungen Gefallen finden,

eine ungleich befriedigendere Kost. Für gewöhnlich stellen sie ihren Alternativen eine sorgfältige Analyse liberaler Grundannahmen und Fehler voraus, und ihre Einsichten sind geistreich und scharfsinnig. Die Gegenpartei reagiert nicht immer auf entsprechende Weise. So fiel etwa Karl Popper (1945) in seiner Marx- und Hegelkritik weit hinter seine gewohnten, strengen Maßstäbe zurück und verließ sich mindestens ebenso sehr aufs Hörensagen wie auf die Textanalyse. Andere haben sich damit begnügt, ihre Antworten mit wohlfeilen Andeutungen über die totalitäre Gesellschaft oder herablassenden Hinweisen auf utopische Träume zu garnieren, ohne sich der Mühe einer systematischen Widerlegung zu unterziehen. Es war also ein ungleicher Wettstreit mit einem selbstzufriedenen Common sense auf der einen und den theoretischen Komplexitäten auf der anderen Seite. Die liberale Demokratie mag zwar im praktisch-politischen Bereich Triumphe gefeiert haben, die Schlacht der Ideen hat sie freilich nicht gewonnen. Und obgleich der Liberalismus von vielen Seiten unter Beschuß genommen wird – so im vorliegenden Buch von feministischer, republikanischer und partizipatorischer Seite –, macht er sich selten die Mühe, durch Klugheit zu glänzen.

Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht in den Debatten, und zuweilen mag gerade die theoretische Brillanz der Alternativen diese substantieller erscheinen lassen, als sie tatsächlich sind. So war die 1843 von Marx verfaßte Schrift *Zur Judenfrage* Grundlage für viele Analysen der liberalen Tradition und hat mit ihrem eindrucksvollen Gegensatz zwischen dem hochfliegenden Universalismus der liberalen Staatsbürgerschaft und der schäbigen Ausbeutung der privaten Sphäre den Tenor vieler späterer Kritiken vorgegeben (MEW Bd.1, Berlin 1970). Aber die von Marx entwickelte Alternative hat sich nicht als zufriedenstellend erwiesen, und während sein Freiheitsbegriff in weiten Kreisen noch immer als »viel tiefer und reicher als die negativen oder klassisch liberalen Auffas-

sungen« empfunden wird (Lukes 1985: 149), bleibt seine Vorstellung von Demokratie utopisch oder ungenau. Beeindruckt von seiner Analyse, haben sich die Menschen nicht immer die Zeit genommen, sämtliche Konsequenzen zu bedenken; aufgrund dieses Versäumnisses befindet sich der Marxismus angesichts der neuesten demokratischen Revolutionen in einer zutiefst defensiven Haltung.

Das soll nicht heißen, Kritiker müßten eine fundierte Alternative beibringen, bevor die Gültigkeit ihrer Kritik zu beurteilen wäre: Gemessen an diesem Maßstab, gäbe es wenig Raum für die Entwicklung von Ideen. Über den Feminismus heißt es, er habe den Vorwürfen an die Adresse der liberalen Demokratie entscheidend mehr Gewicht verliehen. Außerdem sehe er diese Tradition als besonders unempfindlich für geschlechtsspezifische Fragen an. Dennoch hat Carol Pateman in ihren Schlußausführungen zu *The Sexual Contract* ganz richtig bemerkt:

»Durch das Zutagefördern der Geschichte des Geschlechtervertrags erhalten wir weder ein politisches Programm noch Hilfe bei der schwierigen Entscheidung, welche Aktivitäten bzw. politischen Strategien Feministinnen unter den gegebenen Umständen ergreifen bzw. wann und wie sie mit anderen politischen Bewegungen Bündnisse eingehen sollten. Ist diese Geschichte jedoch erst einmal erzählt, dann steht uns eine neue Perspektive zur Beurteilung politischer Möglichkeiten zur Verfügung. [...] Wenn die unterdrückte Geschichte der politischen Genese zum Vorschein gebracht ist, wird das Bild der politischen Landschaft für immer ein anderes sein.« (1988: 233)

Die Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle verändert unser Denken über Demokratie, und das mit Recht, aber angesichts der Allmacht bestehender Traditionen wird es einige Zeit dauern, bis Einzelheiten der neuen Landschaft sichtbar werden. Wir sollten jedoch nicht vorschnell davon ausgehen, daß sich alles ändern wird.

Von Individuen zu Gruppen

Die provozierendsten Thesen der feministischen Theorie betreffen den Universalismus. Eine Reihe neuerer Beiträge bezweifelt die Richtigkeit der Vorstellungen, Demokratie bedeute, gleich behandelt zu werden, und Staatsbürger hätten ihre Körper – und damit ihr Selbst – zu Hause zu lassen, wenn sie die öffentliche Arena betreten. Wie Carol Pateman, Zillah Eisenstein, Iris Young und andere gezeigt haben, *gibt* es kein geschlechtsneutrales Individuum. Wenn Liberale versuchen, uns nur in unserer Eigenschaft als abstrakte Staatsbürger zu behandeln, verleugnen sie nicht nur geflissentlich jeden Klassenunterschied, sondern auch die möglicherweise unversöhnlicheren Unterschiede des Geschlechts. Die liberale Demokratie will lokale Identitäten und Differenzen ignorieren (der staatsbürgerliche Republikanismus will sie überwinden); tatsächlich haben beide Traditionen den männlichen Körper und die männliche Identität in ihre Bestimmung der Norm hineingeschmuggelt. Besonders die liberalen Demokraten glaubten, den Frauen alle notwendigen Rechte und Freiheiten gegeben zu haben, als sie ihnen das gleiche Wahlrecht wie den Männern zubilligten. Wie jedoch schon aus den größten Indikatoren (z.B. der Zahl der Frauen in der Politik) hervorgeht, ist das ganz einfach unzureichend. Die Demokratie kann nicht über die Geschlechterdifferenz erhaben sein, vielmehr muß sie mit einem deutlichen Bewußtsein dieser Differenz neu bestimmt werden. Eine offensichtliche Konsequenz ist, daß die Demokratie uns nicht nur als Individuen, sondern auch als Gruppen behandeln muß.

Ich halte das für richtig, und jedes Argument für eine verstärkte Frauenrepräsentation in der Politik gründet auf einem solchen Standpunkt. Die Zusammensetzung unserer gewählten Versammlungen ist deshalb von Bedeutung, weil die Menschen nicht alle gleich sind. Die Tatsache, daß diese Ver-

sammlungen so beharrlich einseitig von bestimmten Kategorien und Gruppen besetzt sind, ist ausreichend Bestätigung dafür. Wenn die Charakteristika der Gewählten auf signifikante Weise von denen der Gesamtwählerschaft abweichen, dann stimmt ganz offenbar etwas nicht. Diese Charakteristika haben sich deutlich als relevant erwiesen, weshalb einige Gruppen mächtiger geworden sind als die übrigen.

Soweit werden natürlich viele Liberale beipflichten. Sie haben in Fragen der Diskriminierung einen guten Ruf, der zuweilen besser ist als der ihrer radikaleren Kritiker, und die meisten werden ihre Genugtuung zum Ausdruck bringen, wenn mehr Frauen oder Angehörige ethnischer Minderheiten gewählt werden. Aber auch den besten Liberalen fällt es schwer, in Gruppen zu denken. Aus dem Gedanken, Diskriminierung nicht zuzulassen, der den heutigen Liberalismus bestimmt, folgt eher die Beseitigung von Hindernissen, die den Weg eines Individuums blockieren, und Beifall, wenn dieses Individuum Erfolg hat. Das Problem wird noch immer so wahrgenommen, als gehe es dabei um eine frühere *falsche* Behandlung, die Menschen, weil sie von einer vorgegebenen Norm abwichen, fehlbeurteilt und übergangen hat. Und die Lösung besteht nun darin, sie statt dessen einfach als Menschen zu behandeln.

An der anhaltenden Spannung zwischen den Befürwortern der Chancengleichheit und denjenigen, die die Bedeutung von Förderungsprogrammen unterstreichen, zeigt sich die Kluft zwischen einer liberalen Anti-Diskriminierungspolitik und Mechanismen, die die gleiche Repräsentation von Frauen aktiv herbeiführen würden. Sobald es um Mechanismen und Garantien geht, werden einige der grundlegenden Prinzipien liberaler Demokratie in Frage gestellt. Auf einer praktischen Ebene betrifft dies die freie Wahl von parteiinternen Gremien. Die Vorstellung von garantierten Frauensitzen oder einer 40%-Quote für beide Geschlechter beschneidet unwei-

gerlich die Freiheit derjenigen, die Kandidaten bestimmen, und gerät zumindest in dieser Hinsicht in Konflikt mit liberalen Idealen. Grundsätzlich bringt jedoch jede Maßnahme zur Erhöhung der Frauenrepräsentation zum Ausdruck, daß die Geschlechterdifferenz politische Relevanz hat und die Demokratie Gruppen anerkennen muß. Gehen wir über die Vorstellung einer fairen Behandlung von Frauen hinaus (etwa was die Verbesserung ihres Zugangs zu einer politischen Karriere betrifft, wenn sie eine solche wünschen), dann besagt dies, daß unsere Versammlungen nicht repräsentativ sind, wenn darin ein Geschlecht dominiert. Sobald wir auf das Gebiet aktiver Maßnahmen vordringen – was zweifellos notwendig ist –, haben wir es ausdrücklich mit Differenz zu tun und erkennen diese somit als politisches Problem an.

Lassen wir einmal die Möglichkeit außer acht, einfach so weiterzumachen wie bisher, dann gibt es hinsichtlich der Unterrepräsentation von Frauen nur zwei ernstzunehmende Ansätze. Zwar erweitert der erste liberaldemokratische Denken, ist jedoch weiterhin mit ihm vereinbar. Er identifiziert zusätzliche, von vielen bislang nicht beachtete Hindernisse für politische Beteiligung, so z.B. die Arbeitszeiten und -bedingungen von Räten und Versammlungen, Vorurteile und Traditionen, die in den Parteien bei der Wahl der Kandidaten wirksam werden, und im Falle der USA die absurden Summen, die Kandidaten auszugeben haben. Sobald eine dieser Bedingungen sich offenkundig zum Nachteil weiblicher Kandidaten auswirkt, müssen die entsprechenden Hindernisse verringert oder beseitigt werden. Diese Forderung geht möglicherweise an die Grenzen der liberalen Demokratie, denn sie bringt Dinge ins Spiel, die zuvor als persönliche und private Angelegenheiten galten. Solange es freilich nur um die Beseitigung von Hindernissen und noch nicht darum geht, das mögliche Resultat zu diktieren, befinden wir uns noch im Einklang mit liberalen Idealen. Das heißt, Frauen werden

nicht länger aktiv ausgeschlossen, aber es bleibt ihnen als Individuen überlassen, ihre neuen Möglichkeiten zur Beteiligung auch zu ergreifen.

Die zweite Alternative geht dieses Risiko nicht ein und legt – wie neuerdings durch verschiedene politische Parteien geschehen – Verfahren fest, die ein gleichgewichtigeres Ergebnis sichern. Nicht selten werden beide Alternativen diskutiert, als reflektierten sie lediglich zwei unterschiedliche Grade der Entschlossenheit zum Wandel: die erste einen lobenswerten Beschluß, der Hindernisse beseitigt, aber letztlich wohl nichts verändern wird; die zweite einen entschlosseneren Einsatz, der den starken Widerstand gegen die Frauenrepräsentation kennt und weiß, daß nur Garantien neue Resultate bringen werden. Dies ist der ausformulierte Teil der Argumentation, doch weist auch der jeweilige Unterbau deutliche politische Unterschiede auf. Der erste Ansatz betrachtet uns noch immer in unserer Eigenart als abstrakte Individuen und ist darauf aus, die Relevanz unseres Geschlechts zu reduzieren. Der zweite Ansatz erkennt, daß sich die Gesellschaft aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt und diese unterschiedliche Interessen entwickeln können. Daher wird er die Verhältnismäßigkeit nicht dem Zufall überlassen. Der erste Ansatz bringt zum Ausdruck, daß es ohne Bedeutung sein sollte, ob wir männlichen oder weiblichen Geschlechtes sind, und daß wir die echte Neutralität unserer Verfahren sicherstellen sollten. Der zweite besagt, daß die Geschlechter unterschiedlich viel Macht besitzen und deren Verteilung deshalb angeglichen werden muß.

Trotz meiner Einschränkungen bezüglich dessen, was »Frauenrepräsentation« bedeuten kann, steht das vorliegende Buch für die zweite Alternative. Der liberale Kanon besteht darauf, daß Unterschiede zwischen uns keine Rolle spielen sollten, aber in Gesellschaften, die von Gruppeninteressen bestimmt werden, ist es unaufrichtig, den Anschein zu erwek-

ken, wir wären alle gleich. In der Tat ist meine eigene Vision von einer erstrebenswerten Zukunft auf ganz unmoderne Weise androgyn, und ich freue mich auf eine Zeit, in der wir als Menschen und nicht mehr als Männer und Frauen behandelt werden. Aber es ist eine Sache, eine solche Zukunft herbeizuwünschen, und eine ganz andere, Unterschiede zu verleugnen. Die ökonomischen und politischen Strukturen zeitgenössischer Gesellschaften weisen ein hohes Maß an Geschlechter- und Rassentrennung auf, und wo es genau bestimmbare Gruppen gibt, sind auch Gruppeninteressen nicht weit. Das Prinzip, an dem sich die demokratische Praxis orientieren sollte, lautet daher, daß die Repräsentanten die geschlechtliche, rassische und – falls von Belang – die nationale Zusammensetzung der Gesellschaft insgesamt widerspiegeln sollten und daß es Verfahren mit entsprechender Wirkung geben muß. Eine solche Verhältnismäßigkeit würde sich ohne persönliche Interessen und ohne Strukturen, die den Machterhalt bestimmter Gruppen sichern, von selbst ergeben: Bei ausreichend großer Zahl der Gewählten würden die Prinzipien der Zufallsverteilung genügen, um zu proportionalen Ergebnissen zu kommen. Daß dies bislang noch nie erreicht wurde, zeigt die Notwendigkeit einer Veränderung. Ist eine Gruppe ständig unterrepräsentiert, dann bekommt eine andere Gruppe mehr, als ihr zusteht.

Das Spiegel-Prinzip kann natürlich auch auf andere Bereiche angewandt werden, die gesellschaftlich separiert sind, und es gehört zum Wesen der Politik, daß über die relevanten Gruppen gestritten wird. Am offenkundigsten müssen wir mit jenen Beschränkungen beginnen, die eine biologische Grundlage haben, denn es gibt nichts, was eine Verbindung zwischen der Rasse oder dem Geschlecht eines Menschen und seiner Eignung für die politische Arbeit rechtfertigen könnte. Wenn Frauen nicht weitgehend im gleichen Verhältnis wie Männer und Menschen asiatischer oder afrikanischer

Abstammung nicht entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtwählerschaft gewählt werden, dann ist hier etwas faul (wenn auch nicht unklar). Die schwierigere Frage ist jedoch, wie weit wir die Betonung der Gruppe treiben sollten. Die radikalste Alternative zur Abstraktion des Individuums hieße, die Menschen *nur* in ihren ganz besonderen, differenzierten Identitäten zu betrachten: als Mann oder Frau, schwarz oder weiß, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Logischerweise könnten wir zu immer detaillierteren Selbstdefinitionen gelangen, entsprechend den Rubriken GJM (geschieden, jüdisch, männlich) oder SWW (Single, weiß, weiblich) in den Kontaktanzeigen der *New York Review of Books*. Dies würde sehr viel mehr implizieren als die erwähnten Mechanismen zur Erhöhung des Frauenanteils, wesentlich mehr als das von Iris Young vorgeschlagene Vetorecht für unterdrückte Gruppen. Falls wir die Existenz der Menschen nur noch in ihrer Gruppenidentität wahrnehmen, wäre Demokratie nur noch eine Sache der Gruppenrepräsentation, und die entscheidende Frage hieße, wie all diese Gruppen zu bestimmen und zu repräsentieren sind.

Zwar würde ich diesen Weg nicht einschlagen wollen, doch gibt es noch weitere Unterschiede, die bedacht werden sollten. Nehmen wir beispielsweise das Spektrum jener Eigenschaften (Herkunftsland, Religion, sexuelle Orientierung), deren Bedeutung sich je nach den Umständen verändert. Das Argument der statistischen Wahrscheinlichkeit ist hier ebenso anwendbar wie an anderer Stelle, wenn auch bei einer kleinen Gruppe nicht so zwingend evident. (Reiner Zufall könnte in einem solchen Fall durchaus erklären, warum niemand aus dieser Gruppe gewählt wurde.) Welche Bedeutung die Menschen aber einer proportionalen Repräsentation anhand dieser Merkmale beimessen, wird davon abhängen, ob sie sich primär unter diesen Gesichtspunkten definieren und ob sie diese Aspekte als zufällige oder wesentliche betrachten. In

der Regel gilt, daß Gruppen, die aufgrund ihres »bestimmenden« Merkmals unterdrückt wurden, sich selbst auch darin erkennen. Wenn dieser Punkt erreicht ist, scheint eine Quotenregelung in der ein oder anderen Form eine legitime Forderung zu sein.

Die Verfahrensweisen der sog. Gruppendemokratie (consociational democracy) kommen einer Anerkennung dieser Problematik am nächsten und sehen Schutz für die Schlüsselgruppen der Gesellschaft vor. Die offizielle Begründung lautet, daß in bestimmten Ländern die Menschen tatsächlich durch ein Merkmal zu definieren sind, da die Gesellschaft so stark segmentiert ist, daß sich die Menschen in jeder wichtigen Sachfrage konsequent ein und derselben Gruppe anschließen. So werden in den Niederlanden die Regierungsgelder in der Regel unter den drei großen religiösen Gruppierungen aufgeteilt (Katholizismus, Calvinismus, Freidenker), und zwar im Verhältnis ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung. Dieses System erkennt die Macht der Gruppenidentität und der Gruppenbindung an, obgleich politische Parteien in den Wahlen auf einer breiteren Grundlage kandidieren und die Gruppen nicht zum Ersatz für die Politik an sich werden. Selbst wenn Heterogenität und Gruppendifferenz ausdrücklicher anerkannt werden, wollen die Menschen nicht alles darauf reduzieren.

In den afrikanischen Ländern mit einer Geschichte ethnischer Konflikte und einer ungebrochenen Korrelation zwischen ethnischer Zugehörigkeit und ökonomischer bzw. politischer Macht haben die Regierungen zuweilen Mechanismen entwickelt, die jeder Gruppe ein gewisses Maß an Repräsentation sichern. Nigeria z. B. hat mit Hilfe verschiedener Formen von Quotenregelungen und föderalen Strukturen versucht, den Regionalstaaten mehr Macht zu übertragen, und der verfrühte Schritt zu einer stärkeren nationalen Einheit hat in den sechziger Jahren zum Ausbruch des Bürgerkrieges beigetra-

gen. In einem solchen Kontext sind gewisse Garantien für die proportionale Machtverteilung zweifellos notwendig, denn wo bestimmte Gruppen systematisch privilegiert wurden, muß es Verfahren geben, den Folgen entgegenzuwirken. Welche Mechanismen dafür nun genau die geeigneten sind, ist sehr viel schwieriger zu beantworten, denn jede Entscheidung kann genauso viel Spannungen hervorrufen wie sie auflösen sollte. So wird einerseits der Druck bestehen, immer mehr Gruppen den Schutz einer Quotenregelung zuzubilligen (Nigeria hat z. B. unter einem wahren Wildwuchs gelitten); auf der anderen Seite wird der Proporz mit dem Verdienstprinzip in Konflikt geraten. Am beunruhigendsten ist freilich der potentielle Konservatismus. Wenn wir nämlich die Hoffnung hegen, Religion oder ethnische Zugehörigkeit mögen eines Tages ihre politische und ökonomische Bedeutung verlieren und nicht länger über den Zugang zu Einkommen oder Macht bestimmen, dann sind solche Garantien ab einem gewissen Punkt kontraproduktiv. Um beim Beispiel Nigeria zu bleiben: Dort haben die politischen Parteien die Tendenz gezeigt, eine ethnische Dreiteilung zu konsolidieren. Bei den Vorbereitungen zur Wiedereinführung einer Zivilregierung im Jahre 1992 war dies das zentrale Problem: Ein Vorschlag lautete daher, nur zwei Parteien zur Wahl zuzulassen.

Diese Fragen sind zu komplex für einfache Lösungen; wenn es um die Unterrepräsentation von Frauen geht, müssen ihre möglichen Ausprägungen in Betracht gezogen werden. Ich habe an anderer Stelle bemerkt, wir sollten uns von unserer Forderung für die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht durch jene *reductio ad absurdum* abhalten lassen, die die Ausweitung dieses Prinzips auf eine unbegrenzte Zahl aller möglichen Gruppen verlangt. Eine gewisse Ausweitung ist jedoch durchaus angebracht, und es wäre ein brauchbarer Grundsatz, daß gewisse Mechanismen zur Sicherung einer verhältnismäßigen Repräsentation einer Gruppe

vorhanden sein sollten, sobald ein bestimmtes Merkmal bedeutsam geworden ist (d. h. entscheidenden Einfluß auf das Wohlergehen der davon betroffenen Menschen hat). Hat das Merkmal seine entscheidende Bedeutung verloren, sollten auch diese Mechanismen außer Kraft treten. Denkbare Verfahren wären dabei etwa aktive Förderungsmaßnahmen und Quotenregelungen seitens der politischen Parteien; in akuten Fällen könnten sie auch auf Regierungsebene wirksam werden und proportional zum Anteil an der Gesamtwählerschaft Ämter garantieren. Das offensichtliche Problem dabei ist, festzustellen, wann etwas »von Bedeutung« ist und zu welchem Zeitpunkt gehandelt werden muß. Iris Youngs Arbeit über unterdrückte Gruppen (1988) befaßt sich recht eingehend mit diesen Fragen, aber diese Probleme und Themen haben bisher noch kaum Eingang in die Debatte gefunden.

Die »Klasse« ist die letzte Anwärterin auf Proporz, und das »Spiegel-Prinzip« wirkt in dieser Frage eher verwirrend. Gewöhnlich wird die geringe Zahl gewählter Vertreter aus der Arbeiterklasse mit der Begründung gerechtfertigt, daß sie nicht wegen ihrer Klassenzugehörigkeit, sondern wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen werden. Die politische Arbeit wird heute mit bestimmten Fertigkeiten, Qualifikationen oder Sachkenntnissen verknüpft, und diese mögen zwar nicht an der sozialen Herkunft eines Menschen festzumachen sein (sie hängen nicht davon ab, welche Eltern man hatte), gleichwohl besteht möglicherweise eine Verbindung zu gewissen Berufen bzw. Berufserfahrungen (Anwälte können gut reden, während ein Verkäufer vielleicht nicht viel von der Welt gesehen hat). Mit anderen Worten, die soziale Klasse wird für ein relevantes Kriterium gehalten, so daß wir einen völlig unbedenklichen und gerechtfertigten Grund dafür angeben können, wenn sich die Zusammensetzung gewählter Versammlungen einseitig einem Ende des Klassenspektrums zuneigt. Nun kann ein Grund zwar unbedenklich, in seinen Auswir-

kungen jedoch alles andere als gerecht sein. Wenn die Klassenzugehörigkeit unsere Interessen, Prioritäten und die Wahrnehmung der Welt in einem solchen Maße strukturiert, dann ist es fraglos ein Problem für die Demokratie, wenn alle Entscheidungsträger einer Klasse entstammen, die eine soziale Minderheit ist. Aneurin Bevan glaubte, daß wir nur dann von echter Repräsentation sprechen können, wenn der Gewählte »tatsächlich die Sprache der Menschen spricht, die ihn gewählt haben«, wenn er ihre Werte teilt und »im Kontakt zu ihrer Lebenswelt« steht (zitiert in Arblaster 1987: 84). Darin steckt mehr als ein Körnchen Wahrheit (außerdem weist es viele Parallelen zu dem auf, was Feministinnen über Frauen gesagt haben), und es rechtfertigt eine ausführlichere Diskussion und gründlicheres Nachdenken.

Bei allen Anwärtern auf Gruppenrepräsentation herrscht freilich eine besondere Schwierigkeit: daß jeder von uns im Prinzip vielen verschiedenen Gruppen zugerechnet werden kann. Die Dichterin June Jordan meint, »jede/r einzelne von uns ist mehr als die Rasse, die er/sie repräsentiert oder verkörpert, und mehr als das Geschlecht, dem er/sie angehört. Wir haben noch andere Bindungen, andere Träume« (zitiert in Parmar 1989). Wir unterliegen nicht einfach nur einer Definition; in der Politik durchläuft jeder von uns gewöhnlich eine ganze Reihe von Identitäten. Wir versuchen es mit immer neuen Bündnissen, die ihren Anlaß wahrscheinlich nicht überdauern. Und schließlich sollten wir auch nicht vergessen, daß Sexismus, Rassismus, Nationalismus und religiöser Fanatismus dadurch miteinander verbunden sind, daß sie sich selbst und andere über ein einziges Merkmal definieren und darüber hinaus nichts wahrnehmen. Meist leben die Menschen jedoch in vielfachen Identitäten, und jede von ihnen kann zeitweise vorherrschend werden. In einigen Kontexten identifizieren sich die Menschen mehr mit den Angehörigen ihrer eigenen Rasse; in anderen eher mit den Angehörigen



des gleichen Geschlechts. Manchmal werden die Verbindungen über die Klassenzugehörigkeit geformt, ein andermal über die Nationalität; sehr oft handelt es sich um Ideale und Überzeugungen. An anderer Stelle habe ich ausgeführt:

»Wir leben in einer Klassengesellschaft, die zugleich durch das Geschlecht strukturiert ist, d. h. Männer und Frauen erfahren ihre Klassenzugehörigkeit auf unterschiedliche Weise, und eine auf dieser beruhende, potentielle Einheit wird durch geschlechtsspezifische Konflikte zerstört. Und umgekehrt: Wir leben in einer geschlechtsspezifischen Ordnung, die zugleich durch die Klasse strukturiert ist, d. h. Frauen erfahren ihr Frausein auf unterschiedliche Weise, und eine auf dem gemeinsamen Frausein beruhende Einheit wird ständig von Klassenkonflikten zerstört. Nehmen wir als dritten Eckpunkt die Kategorie der Rasse hinzu, wird die komplexe Geometrie dieser Zusammenhänge offenbar. Niemand ist »nur« Arbeiter, »nur« Frau, »nur« schwarz. Die Vorstellung, daß unsere Politik nur *eine* unserer Identitäten widerspiegeln kann, scheint, auf die Spitze getrieben, nicht plausibel.« (1987a: 12)

Daraus folgt, jedes System, das den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein, sollte zwar garantieren können, daß seine Repräsentanten die ethnische und geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Bevölkerung spiegeln, gleichwohl sollten diese nicht als »Vertreter« ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts betrachtet werden. In Kapitel 3 habe ich behauptet, es könne äußerst *undemokratisch* sein, wenn weibliche Abgeordnete ausschließlich oder in erster Linie als Sprecherinnen für Frauen gelten, vor allem ohne wirksame Verfahren zur Feststellung der politischen Ziele ihrer »Wählerschaft«. Dem möchte ich an dieser Stelle hinzufügen, daß es viel zu restriktiv ist, Wählerschaft und Gewählte nur durch eine Identität bestimmt zu sehen, insbesondere wenn diese keine besonderen Überzeugungen beinhaltet. Die Feministinnen haben zweifellos zu Recht verlangt, die Menschen sollten ihre Geschlechtsidentität nicht vor der Tür lassen müssen, wenn sie die politische Bühne betreten. Sie sollten freilich auch

nicht genötigt sein, sich selbst anhand eines einzigen Kriteriums – in diesem Falle des Geschlechtes – zu definieren.

*Der Liberalismus: eine Welt von Mauern*

In Fragen der politischen Repräsentation stellt die Hervorhebung von Gruppen, die sich voneinander unterscheiden, im Gegensatz zu Individuen, die sich prinzipiell gleichen, eine bedeutende Korrektur des traditionell liberalen Ansatzes dar. Zugleich hat sie gewisse Implikationen für die Garantie der proportionalen Repräsentation von Gruppen. Diejenigen, die über das Geschlecht des Kandidaten hinwegsehen, sind keineswegs so fair, wie sie meinen, denn solange Gesellschaften über die Geschlechterdifferenz organisiert sind und jedes Geschlecht seine Aufgaben, Identitäten, Verantwortlichkeiten und Rollen zugewiesen bekommt, sollte die gleiche Verteilung der Macht durch bestimmte Mechanismen gesichert werden. Da aus meinem Argument folgt, daß jede Diskrepanz im Verhältnis zwischen dem Anteil der Frauen an der Wählerschaft und dem Anteil gewählter Frauen Beweis dafür ist, daß diese Gesellschaft eine geschlechtsspezifische Ordnung *hat*, wird dieses Gebot immer gültig sein. Entweder behandelt die Gesellschaft Männer und Frauen wirklich gleich, und in diesem Falle werden sie in gleicher Zahl in den Entscheidungsforen vertreten sein, oder sie behandelt sie unfair, und dann brauchen wir besondere Anordnungen, um gleiche Präsenz zu gewährleisten.

Dies stellt zwar grundlegende Prinzipien des Liberalismus in Frage und transformiert sie, bedeutet jedoch noch nicht ihre vollständige Umkehrung. Dabei sollte beachtet werden, daß ich nicht für die Gruppenrepräsentation in jenem substantielleren Sinne gesprochen habe, in dem Menschen im-

mer und ausschließlich als Gruppe repräsentiert sein sollten; und ich halte die Politik weiterhin für ein Mittel, unterschiedliche – und individuelle – Überzeugungen zu diskutieren und zu repräsentieren. Meine Schlußfolgerungen zur Trennung von Öffentlichem und Privatem nehmen sich ähnlich gemäßigt aus. Auch hier, meine ich, ist der Liberalismus heftigen Attacken ausgesetzt; er wird gleichwohl noch nicht zugunsten eines entgegengesetzten Extrems aufgegeben. Der Liberalismus ist besonders unempfänglich für geschlechtsspezifische Fragen, und seine Unterscheidung in öffentliche und private Sphäre ist besonders geeignet, die politische Unterordnung der Frau aufrechtzuerhalten. Argumente, die die politische Relevanz des privaten Bereichs herunterspielen, tragen das ihre dazu bei, alles beim alten zu lassen, da sie uns weismachen, trotz all der groben Widersprüche stünde alles zum Besten. Häuslicher Despotismus z. B. sollte grundsätzlich als Widerspruch zum gleichberechtigten Status als Bürger betrachtet werden, denn hinter der Fassade des gleichen Wahl- und Partizipationsrechts aller verfährt er wie zu jenen Zeiten, bevor diese Rechte entwickelt und errungen wurden. Selbst bei den alltäglicheren Beispielen, in denen es den Frauen gestattet ist, selbst zu entscheiden, ob sie eine Versammlung besuchen oder wofür sie ihre Stimme abgeben, sollte uns gerade die Tatsache, daß es ihnen gestattet ist, auf die Inkonsistenz des gleichen Bürgerrechts aufmerksam machen. Auch unter den Bedingungen vermeintlich größter Gleichberechtigung verurteilt die dauernde ungleiche Arbeitsteilung die Frauen noch immer zu einer untergeordneten politischen Rolle. Da sie häufig aufgrund von Zeitmangel oder fehlendem Selbstvertrauen ausgeschlossen sind, haben sie nicht das gleiche Gewicht wie die Männer. Die Absolventen der Universitäten Oxford und Cambridge hatten bei allgemeinen Wahlen früher das Recht, zwei Stimmen abzugeben, und erst im Jahre 1948 wurde diese Abweichung von dem Prinzip der

einen Stimme pro Wahlbürger aufgehoben. Daß der Liberalismus so sehr von der Trennung in Öffentliches und Privates bestimmt ist, verbirgt und rechtfertigt zudem ein weitaus schädlicheres Ungleichgewicht. Indem er vorgibt, eigentlich gehe es nur um das gleiche Wahlrecht, verweigert er die Auseinandersetzung mit jenen Beschränkungen, die den Frauen durch ihre Stellung im häuslichen Bereich auferlegt sind.

In dieser Frage bestätigt eine geschlechtsspezifische Politik das, was immer wieder in bezug auf die Klasse konstatiert worden ist: Formale Gleichheit verbindet sich problemlos mit systematischer Bevorrechtung und reicht allein nicht aus. Das Neue am Feminismus ist, daß er diese Einsicht auf den häuslichen Bereich und die Familie ausgeweitet hat. Die häusliche Arbeitsteilung hat direkte Auswirkungen auf das Wesen und das Ausmaß der politischen Beteiligung und sollte aus diesem Grund als *politisches* und nicht nur als gesellschaftliches Anliegen betrachtet werden. Jeder, der sich um die Gleichberechtigung der Geschlechter bemüht, wird für eine echte Umverteilung der im Haushalt anfallenden Arbeiten und Pflichten eintreten, um die Arbeit von Männern und Frauen zu egalisieren. Es ist deutlich geworden, daß dies auch ein Gebot der Demokratie ist. Die formale Gleichberechtigung, die das allgemeine Wahlrecht gewährt, leistet nicht das, was sie geleistet zu haben vorgibt, denn ohne jene tiefereifenden materiellen Veränderungen zählt jede Frau nur halb. Aber besser eine halbe Stimme als gar keine, und niemand will die Bedeutung des Frauenwahlrechts schmälern. Im allgemeinen Wahlrecht geht es jedoch darum, daß alle Menschen das gleiche Gewicht haben – und von diesem Punkt sind wir noch weit entfernt.

Für einen das Geschlecht berücksichtigenden demokratischen Ansatz gehört die Gleichstellung im häuslichen Bereich daher wesentlich zu jenen Dingen, die die politische Wertigkeit eines jeden ins Gleichgewicht bringt, und sie ist

zugleich ein Maßstab für das, was eine Demokratie erreicht hat. Was aber nicht heißt, daß dies der einzige Maßstab ist. Ich kann mir beispielsweise eine Gesellschaft vorstellen, in der es zwar keine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, aber auch kein Wahlrecht gibt, und es wäre verrückt, diese demokratischer zu nennen als eine Gesellschaft, in der Wahlen die Norm sind. Solange die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen allerdings politische Konsequenzen hat, muß sie Gegenstand der politischen Debatte sein. In den etwas ermüdenden Erörterungen zwischen Liberalen und Sozialisten wurde über die Bedeutung formaler bzw. realer Gleichheit gestritten, als bezöge sie sich ausschließlich auf Eigentumsverhältnisse. Einer der grundsätzlichen Beiträge des Feminismus zu unserem Denken über Demokratie besteht darin, den Vorhang vor jenem privaten Bereich gelüftet zu haben.

Es gibt, wie ich bereits dargelegt habe, eine striktere Version dieser These, in der die Feministinnen nicht nur die »politischen« Konsequenzen »privater« Arrangements, sondern die Bedeutung der Demokratie für alle Aspekte unseres sozialen Lebens unterstreichen. Wie Anthony Arblaster schrieb, war »im klassischen politischen Denken »Demokratie« nicht nur Bezeichnung für eine Regierungsform, sondern für eine ganze Gesellschaft, die gewöhnlich – von ihren Feinden und Kritikern wie von ihren Freunden – mit dem Prinzip der sozialen Gleichheit verbunden wurde« (1987: 81). Dies entspricht, wie wir gesehen haben, keineswegs der Wahrheit, und die leidenschaftlichsten Verfechter der sozialen Gleichheit konnten sich diese nur als eine Sache unter Männern vorstellen. Mit den notwendigen geschlechtsspezifischen Korrekturen enthält diese Beschreibung allerdings viele feministische Anliegen. Die heutige feministische Politik betrachtet Demokratie gewöhnlich als etwas, das in die Struktur *aller* sozialen Beziehungen Eingang finden und gewiß nicht nur auf das Verfahren zur Bildung einer Regierung beschränkt werden

sollte. Wo Entscheidungen getroffen werden, kommt Demokratie ins Spiel, und obwohl formalisierte Verfahren in manchen Kontexten eher angebracht sein werden als in anderen, sollten doch alle vom Prinzip des gleichen Respekts durchdrungen sein. Frauen, die aus radikalen politischen Bewegungen oder einer Partnerschaft mit einem »radikalen Mann« zur Frauenbewegung kamen, haben immer wieder davon gesprochen, daß sie eine große Kluft zwischen Theorie und Praxis wahrgenommen und auf die Unterschiede aufmerksam gemacht hätten, die die scheinbar fortschrittlichsten Demokraten zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten konstruierten. Gerade die angeblich so guten Absichten machten diese Kontraste um so auffälliger. Aber auch an anderer Stelle fanden sich Frauen ständig einer unbegreiflichen Mischung von öffentlicher Gleichheit und privater Unterordnung ausgesetzt. Eine Demokratie, die das Geschlecht berücksichtigt, muß diese Trennung in Frage stellen und beseitigen.

Der Feminismus vervielfacht die Orte, an denen die Demokratie Bedeutung zu haben scheint und verändert auch die Dimensionen. »Details« sind wichtig – so lautet eine der nachdrücklichsten und beständigsten Botschaften der heutigen Frauenbewegung, die über die Gleichberechtigung der Geschlechter hinaus allgemein auf das zielt, was die Beziehungen zwischen den Menschen charakterisiert. Oft scheint die liberale Demokratie das gleiche Wahlrecht als die Krönung einer demokratischen Gesellschaft zu betrachten. In einem erweiterten, von Frauen entwickelten Verständnis erscheint es jedoch vor allem als Stützpfiler, auf dem die Demokratie errichtet werden kann. Ein Standardvorwurf gegenüber der liberalen Demokratie betrifft ihre ausgesprochen minimalistischen Ideale: Konsens wird zu selten erzielt, als daß er besonderes Gewicht haben könnte; die Partizipation wurde so weit reduziert, daß sie fast nur noch als Geste erscheint; diese Geste ist zwar nicht bedeutungslos (sie entscheidet über

die Regierung mit), kann jedoch nicht ernsthaft als Willensbildung oder Kontrolle dargestellt werden. Die Betonung der Details zielt in eine andere Richtung, unterstreicht nicht so sehr die von den Menschen ausgeübte Kontrolle in Entscheidungsprozessen, sondern vielmehr die Frage, ob sie als politisch Gleiche aufeinander bezogen sind. Mit anderen Worten, Mittel und Zweck sind gleichermaßen bedeutsam. Wird die vorgebliche Gleichheit der Stimme permanent von Strukturen der Begünstigung, Unterwürfigkeit und Herablassung ausgehöhlt, ist die Gesellschaft nicht demokratisch.

Keines dieser Argumente fügt sich nahtlos der liberalen Tradition ein, und sie alle stellen das Verhältnis von öffentlicher und privater Sphäre in Frage. Michael Walzer beschreibt den Liberalismus als »eine Welt von Mauern«, und jede erzeugt eine neue Freiheit (1992 : 38). Daraus entwickelt er seine These, Gerechtigkeit bestehe darin, die Grenzen zwischen den Sphären aufrechtzuerhalten. Wirtschaftlicher Erfolg sollte z. B. keine besondere politische Macht verschaffen; hervorragende intellektuelle Leistungen nicht das Recht auf mehr als eine Stimme verleihen. Walzers *Sphären der Gerechtigkeit* (1992; engl. 1983) bringt viele Einwände gegen Tyrannei, Despotismus oder Korruption auf den Punkt, aber seine Argumentation ist nicht unproblematisch, denn sie erschwert die Kritik der Prinzipien, die in den getrennten Sphären wirksam sind. Vielleicht *sollte* das Geschlecht die Arbeitsteilung im Haushalt diktieren, solange es sich nicht in den Schulen auswirkt? Vielleicht *ist* körperliche Stärke ein angemessenes Kriterium, solange sie sich auf den ihr eigenen legitimen Bereich beschränkt?

Walzer schreibt über die Unterdrückung der Frau, als handle es sich um die illegitime Wiederaufnahme von »Verwandtschaftsstrukturen« (was dies genau beinhaltet, bleibt unklar) in anderen Distributionssphären. Sie wirken sich auf den Zugang der Frauen zu Arbeitsplätzen und Bildung und, in

früheren Zeiten, auf die Erlangung des Wahlrechts aus. Das heißt, mit anderen Worten, was innerhalb der Familie geschieht, ist im Grunde in Ordnung. Die Probleme entstehen dann, wenn das Geschlecht bzw. das »Verwandtschaftsverhältnis« außerhalb ihrer rechtmäßigen Domäne wirksam werden. »Die wirkliche Unterdrückung der Frau hat somit weniger mit ihrer Stellung in der Sphäre der Familie zu tun als mit ihrem Ausschluß aus allen anderen Sphären« (1992 : 343). Dies ähnelt einer These Jean Bethke Elshtains in *Public Man, Private Woman*: Das Geschlecht der Frau sollte nicht bestimmend sein für das, was sie im Bildungsbereich und in der Arbeitswelt tut, freilich sollten die Prinzipien eines beschränkten Eigeninteresses auch nicht im familiären Bereich vorherrschen. Aber zumindest unterstützt Elshtain eine gewisse Ausweitung der Prinzipien über die Trennlinien zwischen Öffentlichem und Privatem hinaus. Im Gegensatz dazu scheint Walzer die zahlreichen Unterscheidungen zwischen einer Vielzahl getrennter Sphären beizubehalten. Von einem geschlechtsspezifischen Standpunkt aus betrachtet ist dabei problematisch, daß die Mauern, die die Menschen zwischen verschiedenen Bereichen errichten, ihnen den Blick auf mögliche Parallelen versperren. Die Befreiung der Frau beruhte zum großen Teil darauf, Prinzipien, die in einem Bereich für angemessen erachtet wurden, auf einen anderen zu übertragen. Erst als die Mauern fielen, waren Fortschritte zu verzeichnen.

Der Feminismus muß die Aufteilung in Sphären in Frage stellen und hat diesbezüglich wenig Vertrauen in die Unterscheidungen, die die liberale Demokratie vorzunehmen versucht. Gleichwohl sind auch hier gewisse Übereinstimmungen möglich. Von manchen rhetorischen Trompetenstößen abgesehen, hatten nur wenige Feministinnen den Wunsch, jegliche Unterscheidung aufzugeben, und was das Entscheidungsrecht der Frau betraf, so haben sich viele in ihrer Argu-

mentation für eine freie und legale Abtreibung auf liberale Vorstellungen von unaufhebbaren persönlichen Belangen gestützt. Weitere Einsprüche dagegen sind, wie schon gezeigt wurde, eher der republikanischen als der liberalen Tradition entnommen. Obgleich der Feminismus oft von denjenigen geplündert wird, die Unterschiede in Gewichtung und Akzentuierung argumentativ in ein beunruhigend amorphes Durcheinander auflösen, besteht doch ein wesentlicher Unterschied zwischen einer Staatsbürgerin und einer netten, treusorgenden Person. In einer rundum demokratischen Gesellschaft würden die Menschen einander respektieren; alle Beziehungen, und sei der Zusammenhang, in dem sie stehen, auch noch so geringfügig und intim, wären von dem Grundsatz bestimmt, daß alle gleich viel gelten. Dennoch gäbe es einen Unterschied zwischen Haushalt, Arbeitsplatz und Staat.

Alle Beziehungen können »politisch« werden, aber das heißt auch, daß sie alle in einen Kontext rücken können, in dem wir ein wenig Distanz zu uns wahren müssen. Wir müssen in der Lage sein, unsere persönlichen Wünsche und Bedürfnisse zu relativieren, für den Augenblick Abstand von unserer Begeisterung und unseren Vorurteilen zu nehmen, damit wir die Bedeutung dessen erkennen, was andere zu sagen haben. Es besteht ein Unterschied zwischen der Sichtweise, die wir als Staatsbürger haben sollten, und unserem Umgang mit jenen partikulären Belangen, die ganz zu Recht unser Alltagsleben bestimmen. Die »Demokratisierung des Alltagslebens« ist damit als Slogan durchaus geeignet, die Bedeutung der demokratischen Gleichheit in allen menschlichen Lebensbereichen zu beschreiben. Irreführend ist er nur, wenn er jeglichen Unterschied zwischen Politik und Alltagsleben leugnet. Es geht in der Demokratie nicht darum, Gebäude zu errichten, für die jeder Stein die gleiche Bedeutung hat, so daß es nur darauf ankommt, möglichst viele Steine hinzuzufügen. Zwar sollten die Entscheidungsprozesse im Haushalt, in den Schulen, am

Arbeitsplatz, im Wohnumfeld geöffnet und egalisiert werden, doch sollten wir diese Demokratisierung der Zivilgesellschaft nicht als Alternative zur Wiederbelebung des öffentlichen Lebens betrachten. Beides muß Hand in Hand gehen.

*Der Fluch der Versammlung*

Dies führt uns zu der stets gegenwärtigen Frage, wieviel Partizipation eine Demokratie verkraften kann und wieviel aktive Wahrnehmung der Bürgerschaft eine »wiederbelebte« Demokratie braucht. Ich habe behauptet, die geschlechtsspezifische Ordnung unserer Gesellschaften sei dergestalt, daß Frauen eine Politik der Umwandlung und der Veränderung brauchen, und weil ihre Unterordnung auf so infame Weise in ihre Selbstwahrnehmung und in die Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse einfließt, haben Diskussion und Gespräch ein besonderes Gewicht. Liberale Demokratien funktionieren auf der Grundlage einer begrenzten und gelegentlichen Partizipation, und die Wähler sind gewöhnlich aufgefordert, zwischen zwei oder mehr Parteien undeutlichen Profils zu wählen, die sich hinter anbiedernd formulierten Standpunkten verstecken. Es ist gewiß kein Zufall, daß man die glühendsten Verfechter der liberalen Demokratie unter den Gegnern eines radikalen Wandels findet. Die isolierte Stimmabgabe schwächt die politische Vorstellungskraft; in Versammlungen hingegen könnten wir ein breiteres Spektrum an Möglichkeiten wahrnehmen und unsere potentielle Stärke erproben. Menschen ändern ihre Meinungen im Laufe von Versammlung und Diskussion, und das nicht etwa, weil sie, vom Enthusiasmus anderer mitgerissen, Dingen zustimmen, von denen sie nicht wahrhaft überzeugt sind. Dieser Gesinnungswandel ist meist durchaus »reak. Unbehagen und Bedenken können zum Aus-

druck gebracht werden, während zuvor unvermeidlich erscheinende Sachverhalte ihre Veränderbarkeit offenbaren.

Eine Politik unter dem Vorzeichen des Geschlechts verleiht denen zusätzliches Gewicht, die meinen, die isolierte Stimmabgabe biete nicht genug Möglichkeiten, die Tagesordnung zu beeinflussen und neue Anliegen vorzubringen. Solche Klagen sind vor allem von jenen Gruppen zu hören, die aus dem politischen Mainstream herausfallen. Frauen können (als Frauen) in einem System, das nur daran interessiert ist, ihre zustimmende bzw. ablehnende Haltung gegenüber bestehenden Parteien oder Programmen zu verzeichnen, nicht viel gewinnen. Es mag sein, daß keine der Alternativen zu den spezifischen Frauenbelangen etwas zu sagen hat; und möglicherweise können Frauen ohne ein Forum, in dem sie sprechen können, ihre Interessen noch nicht einmal formulieren.

Zieht man darüber hinaus eine Verbindung zu den Problemen, die sich aus der relativen Isolierung der Frauen im häuslichen Bereich ergeben, so zielt der Feminismus auf eine stärker partizipatorische Demokratie, als sie die liberale Norm vorsieht. Je partizipatorischer eine Demokratie sein möchte, desto mehr unterscheidet sie freilich zwischen Männern und Frauen. Je mehr Bedeutung sie Aktivität und Engagement beimißt, desto größer wird tendenziell der Einfluß derer, die mehr Bildung, Charme oder Zeit haben. In unseren auf der Geschlechterdifferenz beruhenden modernen Gesellschaften arbeiten Frauen mehr als Männer, wobei ihre Erfahrungen weniger vielfältig und ihre Ausbildungszeiten kürzer sind. Ohne grundlegende Veränderungen in der Organisation bezahlter und unbezahlter Arbeit werden sie immer am wenigsten Zeit für Versammlungen haben und sich am wenigsten Gehör verschaffen können. Einen gewichtigen Punkt kann die liberale Demokratie jedoch für sich verbuchen: Indem sie die Anforderungen an die Partizipation auf eine derart niedrige Stufe heruntersetzt, wird diese wirklich allen zugänglich.

Durch ihre eigenen Erfahrungen mit partizipatorischer Demokratie hat die Frauenbewegung zusätzliche Spannungen sichtbar gemacht. Die besonderen Bedingungen einer Face-to-face-Demokratie fördern nicht immer eine offene Diskussion, und werden die Ideale demokratischer Gleichheit allzu hoch geschraubt, mögen sich manche in dem daraus entstehenden Gewirr aus Schuld, Vorwürfen und Groll ganz von der Politik abwenden. Das sind gravierende Schwierigkeiten, wenngleich sie im Gesamtkomplex der Probleme der Demokratie keinen sehr großen Raum einnehmen. Viele Gruppen müssen eine ähnliche Entwicklung durchlaufen, nach anfänglicher Begeisterung für demokratische Gleichheit und Beteiligung eine zweite Phase der Ungeduld und Verbitterung durchleben, um schließlich zu der eher nüchternen Verpflichtung zu gelangen, die Dinge unter den obwaltenden Umständen so demokratisch wie irgend möglich zu gestalten. Das erinnert mich an eine Bemerkung Eduard Bernsteins über den Sozialismus, in der er sagte, die Bewegung sei alles und das Ziel nichts. In dem Sinne, daß eine vollkommene Demokratie nicht zu verwirklichen ist, wir aber gleichwohl versuchen, ihr so nahe wie möglich zu kommen, können wir dasselbe für die Demokratie sagen. Wenn wir dies erst einmal akzeptiert haben und nunmehr Demokratie nicht länger als ein Pantheon hehrer Ideale, sondern als Prozeß verstehen, dann wird mit den Spannungen, die mit egalitären Entscheidungsprozessen (in einer Bewegung, Partei, Gewerkschaft, in einem Komitee, am Arbeitsplatz oder sonst einer Gruppe) einhergehen, leichter umzugehen sein. In all diesen Fällen haben wir es indessen mit tatsächlich anwesenden Menschen zu tun. Die eigentlichen Probleme entstehen, wenn die Menschen erst gar nicht erschienen sind.

Je höher die Anforderungen sind, desto weniger umfassend ist die Beteiligung; je partizipatorischer die Politik, desto weniger ist sie den Passiven oder Trägern Rechenschaft schuldig.

Demokraten scheinen sich ständig zwischen den exakten Gleichheiten der minimalen Demokratie und den potentiellen Risiken einer intensiveren Partizipation entscheiden zu müssen. Diese *ist* in vielerlei Hinsicht utopisch und schwerfällig, am meisten beunruhigt jedoch ihre Anfälligkeit für Voreingenommenheiten und nichtrepräsentative Ergebnisse. Wenn Interessen gegeneinander stehen oder – was weitaus häufiger geschieht – eine Minderheit zuviel Macht erlangt hat, gibt es nur ein einziges faires Verfahren, den Disput beizulegen: Jedem Individuum das gleiche Gewicht und jedem Staatsbürger eine Stimme zu geben. Es ist nicht etwa so, daß sich die liberale Demokratie in puncto Rechenschaftspflicht besonders ausgezeichnet hätte. Sie arbeitet, wie wir bereits mehrfach festgestellt haben, mit einem oberflächlichen Konsens, der unter Umständen nur in der Entscheidung besteht, welcher unter den Bewerbern regieren soll. Ihr größtes Verdienst ist, daß sie diese Gunst zumindest gleichmäßig an alle verteilt.

Durch ein erneutes Nachdenken über Demokratie unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten verändert sich der Rahmen einer Entscheidung zwischen minimaler Gleichheit und gesteigerter Partizipation nicht wesentlich, und der Feminismus verfügt über keine frappierende neue Erkenntnis, um diesem Dilemma zu entgehen. Er unterstützt die aktive Demokratie, unterstreicht jedoch zugleich, wie wichtig es ist, jedem einzelnen eine Stimme zu geben. In dieser zentralen Frage der Demokratie verändern sich die Alternativen im Grunde nicht. Auf der einen Seite steht die »Demokratie einer zynischen Gesellschaft« (Mansbridge 1980: 18), die wenig Beteiligung erwartet und den Selbstschutz als höchstes Ziel ansieht: eine Demokratie ohne Anspruch, die niemanden beflügelt, die uns keine moralische Befriedigung verleiht. Trotz ihrer Klugheit in den Dingen der Welt kann sie die Alternativen niemals ganz verdrängen, deren Ideale in allen Epochen

wiederauferstehen. Diese Gegenideale ziehen freilich ihrerseits ein Unbehagen nach sich.

Meine Lösung orientiert sich an der heute so verbreiteten »gemischten Wirtschaftsform«. Demokratie heißt, daß die Menschen entscheiden, und sie bleibt eine Formalität, wenn dies nicht tatsächlich geschieht. Wir können nur davon sprechen, daß die Menschen entscheiden, wenn sie die politische Tagesordnung mitbestimmen und auf die zu treffenden Entscheidungen Einfluß haben. Die Wahl zwischen zwei Parteien, die wie aus dem Nichts auftauchen und noch nicht einmal angeben, welche Pläne sie tatsächlich verfolgen, zählt nicht als Entscheidung. Menschen brauchen einen kontinuierlichen Zugang zu all jenen Zusammenhängen – innerhalb der politischen Parteien und außerhalb, auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene – in denen sie an Entscheidungen mitwirken können. Der Fluch der Versammlung bleibt also bestehen. Aber Demokratie heißt auch, daß alle Menschen als Gleiche betrachtet werden und nicht an Bedeutung gewinnen, wenn sie mehr Versammlungen besuchen. In seiner Argumentation für eine verstärkte Dezentralisierung von Entscheidungen meint John Keane, wir bräuchten eine Vielfalt von Sphären, »in denen verschiedene Gruppen von Bürgern partizipieren *könnten*, wenn sie dies wünschten« (1988a: 13), daß sich jedoch die Menschen in unterschiedlichem Maße und zu verschiedenen Fragen Gehör werden verschaffen wollen. Manche werden ihre Stimme wahrscheinlich niemals erheben. Wenn Partizipation mühelos wäre, könnten wir von diesen Menschen absehen, denn sie hätten durch ihre Abwesenheit deutlich gemacht, daß sie es zufrieden sind, andere entscheiden zu lassen. Da Partizipation nun aber bekanntlich sehr viel kostet – Energie, nicht selten Selbstwertgefühl und Zeit –, ist dies nicht möglich.

John Keane erörtert das Problem zwar nicht unter diesem Gesichtspunkt, er deutet jedoch eine mögliche Lösung an, in-

dem er eine Reihe von Initiativen aufzählt, für welche die Regierung eines Landes Mittel bereitstellen könnte. Es wäre dann den lokalen Gruppierungen überlassen, über den genauen Einsatz dieser Mittel zu entscheiden. So könnte die Regierung etwa beschließen, einen bestimmten Betrag für die Kinderbetreuung bereitzustellen, und die Organisatoren dieser Einrichtungen vor Ort würden über die spezifische Form der Kinderbetreuung entscheiden. Dieses Beispiel leuchtet zwar unmittelbar ein, aber seine Attraktivität beruht auf einer unausgegorenen Vorstellung von dem, was grundsätzliche bzw. untergeordnete Interessen sind. Je dezentralisierter eine Dienstleistung organisiert wird, desto größer werden die regionalen Unterschiede sein – denn die Menschen unterscheiden sich nicht nur in ihren Präferenzen und Vorstellungen, sondern auch in ihrer Bereitschaft, aktiv zu werden und sich zu beteiligen. In jedem Fall müßten sie zwischen Qualität und Quantität wählen (Sollte die Betreuung verbessert werden oder liegt der Schwerpunkt darauf, mehr Betreuungsplätze zu schaffen?) und Entscheidungen über Art und Umfang der Betreuung treffen (Sollten es Kindergärten oder Babysitter sein? Sollte der Schwerpunkt auf dem Lernen oder Spielen liegen? Wie stark sollte eine solche Betreuungssituation strukturiert sein?). Den Kindern würden in verschiedenen Wohngebieten unterschiedliche Einrichtungen angeboten, und einige davon wären besser als andere.

Wenn wir solche Divergenzen als wesentlichen Bestandteil einer Demokratie akzeptieren, dann unter anderem deshalb, weil wir Partizipation und Entscheidung für so wichtig halten, daß sie potentielle Ungleichheiten aufwiegen. Ein weiterer Grund liegt m. E. darin, daß die genaue Form, die Qualität und die Organisation der Kinderbetreuung noch nicht als entscheidende Einflüsse im Leben eines Menschen gelten. Wir sind in diesem Falle eher bereit, Unterschiede und Experimente hinzunehmen, weil die meisten – zu Recht oder zu

Unrecht – die Betreuung der Vorschulkinder nicht als zentrales, sondern als untergeordnetes Anliegen betrachten. (Wenn es um die Organisation von Schulen geht, so hat sich gezeigt, daß sowohl Eltern als auch Politiker in der Regel sehr viel zurückhaltender sind, wenn es darum geht, die volle Verantwortung irgendwelchen Aktivisten vor Ort zu überlassen.) Bei Fragen von größerem allgemeinen Interesse gilt die Tatsache, daß in einer offenen Versammlung entschieden wird, an der *im Prinzip* jeder teilnehmen kann, nicht als ausreichender Schutz. Die Menschen haben keine hohen Erwartungen hinsichtlich ihrer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sie sind möglicherweise bereit, direkte Demokratie in gewissen untergeordneten Belangen zu unterstützen, werden jedoch bei »grundsätzlichen« Entscheidungen die Kontrolle durch Abstimmung vorziehen. Dezentralisierte, in Versammlungen getroffene Entscheidungen sind immer mit gewissen Risiken verbunden, und das Hauptrisiko ist, daß die Aktivisten nicht repräsentativ sein werden.

Demokratische Gleichheit kann eigentlich nur bedeuten, daß eine Gesellschaft ihre »letztgültigen« Entscheidungen einem Forum überlassen muß, an dem alle teilhaben können. Realistisch betrachtet ist dies die Stimmabgabe, bei Wahlen auf nationaler oder kommunaler Ebene und – in einigen Fragen – durch Volksabstimmungen. Vielleicht ist eine zukünftige Entwicklung denkbar, in der die zeitliche Belastung von Männern und Frauen ausgeglichen sein wird und die Gesellschaft es sich leisten kann, den Standard der Partizipation zu erhöhen. Da jedoch das Geschlecht nicht der einzige bestimmende Faktor für das Partizipationsniveau ist, würde dies zusätzliche, umfangreiche Veränderungen voraussetzen. Für die unmittelbare Zukunft muß die Demokratie in den für grundsätzlich erachteten Entscheidungen auf den liberalen Minimalismus zurückgreifen; sie kann nur in sog. untergeordneten Fragen durch eine Partizipation auf Versammlungsbasis er-



weitert werden. Daß wir in möglichst vielen Kontexten auf diese Erweiterung dringen sollten, ist – wie ich hoffe – aus den im vorliegenden Buch entwickelten Begründungen deutlich geworden. Sehr viel weniger klar ist, nach welchem Grundsatz darüber befunden werden soll, welche Entscheidungen grundsätzlicher Natur sind und welche nicht, aber das liegt daran, daß diese Frage nur die Politik beantworten kann.

*Frauenstimmen – Frauenfragen*

Der letzte Punkt, den ich noch einmal ansprechen möchte, betrifft die Spannung zwischen feministischen und republikanischen Anliegen. Frauen haben immer wieder jenes denkwürdige Schauspiel einer vorwiegend von Männern besetzten Legislative angeprangert, die über die Legalisierung der Abtreibung entscheidet. Mit einer gewissen Verbitterung haben sie darauf hingewiesen, daß es Frauen sind, die schwanger werden, und daß eine Frau für das Kind sorgen muß. Unter allen politischen Themen mit geschlechtsspezifischen Vorzeichen ist dies das typischste – und der relative Ausschluß der Frauen von den Schauplätzen dieser Entscheidungen ein empörendes Exempel dafür, wie undemokratisch unsere Demokratien noch immer sind. Der Punkt ist nicht, daß Männer gegen und Frauen für Abtreibung sind: In England beispielsweise weist einiges darauf hin, daß Frauen mit der Frage der Abtreibung in einem späteren Schwangerschaftsstadium wesentlich mehr Probleme haben als Männer, daß sie sehr viel mehr darum bemüht sind, den Schutz der Mutter gegen den Schutz des Fötus abzuwägen, und sehr viel weniger unbekümmert, was die Folgen einer Abtreibung betrifft. Die Erfahrung von Schwangerschaft und Mutterschaft erzeugt einen vielschichtigen

Komplex von Einstellungen und Haltungen, eine Bestätigung dafür – wenn eine solche überhaupt vonnöten ist –, daß dieser Erfahrung mehr Gewicht beigemessen werden sollte.

Die logische Folge ist allerdings nicht, daß Männer zu diesem Thema keine Meinung haben sollten. Eine eher zwiespältige Nebenwirkung der letzten 25 Jahre feministischen Engagements ist die oft von »gleichgesinnten« Männern praktizierte Selbsterabsetzung. Wie sich weiße Liberale zuweilen in Fragen der Rasse und der ethnischen Zugehörigkeit Zurückhaltung auferlegen, verzichten fortschrittliche Männer gelegentlich auf ihr Mitspracherecht in sogenannten »Frauenfragen«. Sie gestehen die Widersinnigkeit einer männlichen Gesetzgebung in Fällen wie Abtreibung, Kinderbetreuung und Frauenförderpolitik ein, entschuldigen sich für ihre Anmaßung und fragen die Frauen, was sie tun sollen. Ein Problem daran ist, wie bereits gesagt, daß vorschnell angenommen wird, es gebe *den einen* Frauenstandpunkt; zusätzlich besteht die schwerer wiegende Gefahr, daß nun die Bühne frei wird für jene, die etwas skrupelloser mit ihrem Entscheidungsrecht umgehen.

Da ist natürlich auch noch das Argument, nur wer eine bestimmte Erfahrung gemacht habe, könne legitimerweise etwas dazu sagen. Lassen Sie mich ein neueres Beispiel aus der amerikanischen Politik anführen. Als man ihn aufforderte, zu begründen, warum er trotz persönlicher moralischer Bedenken die Abtreibung politisch unterstütze, stellte Gouverneur Mario Cuomo fest, es sei »ein wenig widersinnig oder unpassend, wenn Männer über etwas Gesetze erlassen, das sie niemals selbst erfahren können – die Schwangerschaft« (zitiert in Wills 1990). Gary Wills meint, dies stehe in Konflikt mit

»den staatsbürgerlichen Werten des Republikanismus, in dem alle Mitglieder der Gemeinschaft aufgefordert sind, gemeinsam über alle moralischen Fragen nachzudenken. In einer Republik sind wir nicht der

Ansicht, daß nur Militärs über die Rolle der Streitkräfte im öffentlichen Leben entscheiden können, nur die Hochschule über Bildungsfragen und nur Gläubige über religiöse Fragen etc. Cuomo scheint einen aufgeklärten Standpunkt zu vertreten, wenn er sich dafür entschuldigt, daß er als Mann über Abtreibung spricht; aber ein republikanischer Standpunkt ist das nicht.«

Angesichts der feministischen Kritik an den »staatsbürgerlichen Werten« mag diese Bemerkung wenig Gewicht haben, aber ich bin im vorliegenden Buch immer wieder dafür eingetreten, daß wir wenigstens darüber nachdenken sollten. Alle Mitglieder einer politischen Gemeinschaft werden durch ihre Erfahrungen sowohl geprägt als auch eingeschränkt, weshalb all diese Erfahrungen auch Gehör finden sollten. Aber keine auf Veränderung und Wandel ausgerichtete Politik kann es dabei belassen.

Der klassische Liberale begegnet solchen Problemen, indem er einen Bereich privaten Lebens absteckt, in dem jede/r von uns seine/ihre moralischen oder religiösen Entscheidungen trifft und niemand anders das Recht hat, sich einzumischen. Der Vertreter des Pluralismus im 20. Jahrhundert wiederum geht sie mit der (gewöhnlich unaufrichtigen) Behauptung an, es stehe allen Gruppen frei, miteinander zu konkurrieren und damit auf das Ergebnis einzuwirken. Von einem auf die Verbesserung bzw. Revolutionierung unserer Lebensbedingungen ausgerichteten Standpunkt aus betrachtet, ist keine dieser Möglichkeiten adäquat, da beide die Grenzen der Erfahrung als unüberwindbar betrachten.

Die Alternative mit dem stärksten Gegensatz zur liberalen Demokratie ist die marxistische Tradition, die in manchen Versionen eine Zukunft ohne größere Konflikte, in der die Menschen einhellig und gemeinsam handeln, antizipiert hat. Die Einwände gegen diese Vorstellung sind zu überwältigend, als daß sie weiterer Erörterung bedürften, aber es ist eine Sache, den Konflikt zu leugnen, und eine andere, alle Konflikte

als unauflöslich zu akzeptieren. Die feministische Betonung von Differenz und Heterogenität in jüngster Zeit sollte als notwendiges Korrektiv für jene politischen Theorien und Praktiken verstanden werden, die das Geschlecht (und anderes mehr) von der politischen Bühne verbannt haben. Dies wäre freilich nur als Ausgangspunkt zu betrachten, von dem aus Ungleichheiten angegangen und reduziert werden können. Entscheidend ist die Forderung nach der politischen Präsenz von Frauen, womit nicht gesagt sein soll, daß in Frauenfragen nur Frauen etwas zu sagen hätten und Frauen nur als Vertreterinnen ihres Geschlechtes sprechen dürfen.

Am Ende des 20. Jahrhunderts bestimmen zwei wichtige Entwicklungen die Lage. Erstens die höchst dramatische Ausbreitung liberaldemokratischer Institutionen (allgemeines Wahlrecht, freie Wahlen und Mehrparteiensystem) nicht nur in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa, sondern auch in den krisengeschüttelten Ländern der ehemals kolonisierten Welt. Selbst im zutiefst antidemokratischen Südafrika ist die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geglückt, während in anderen Teilen Afrikas die mit harter Hand regierenden Militärregimes und Ein-Parteien-Staaten erneut unter Beschuß geraten. Unter denen, die die liberale Demokratie für schwach und unzulänglich befanden, herrscht die große Sorge, diese Errungenschaften könnten die Kritik am Liberalismus vom Tische wischen und die Menschen könnten in ihrer Freude über die ihnen so lange vorenthaltenen Freiheiten frühere Erkenntnisse für eine weitere Generation aus den Augen verlieren. Die Fragen, die der Feminismus aufgeworfen hat, beruhen auf der kritischen Analyse des Liberalismus und erweitern diese zugleich auf bedeutende Weise, so daß sie dazu beitragen können, dieser Gefahr zu begegnen.

Die zweite bedeutende Veränderung liegt darin, daß der Mythos der Homogenität erschüttert ist, im positiven Sinne

durch das gesteigerte Bewußtsein für geschlechtsspezifische und ethnische Differenzierung, im eher zwiespältigen Sinne durch den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus und des »neuen« Nationalismus in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas. Die Schwerpunkte des zeitgenössischen Feminismus entsprechen dieser Entwicklung und konfrontieren uns mit einigen der wichtigsten Fragen, mit denen sich Demokraten zukünftig auseinandersetzen müssen. Die politische Theorie des Feminismus hat das abstrakte Individuum und die falschen Universalismen der Aufklärung einer überzeugenden Kritik ausgesetzt, und jetzt weisen die Feministinnen den Weg zu einer neuen Politik der Vielfalt und Differenz. Einige der Wege, die sich nun öffnen, möchte ich lieber nicht beschreiten, aber die Debatte in ihrer Gesamtheit ist für die Zukunft des demokratischen Denkens von entscheidender Bedeutung. Wir müssen eine politische Sprache finden, die Heterogenität und Differenz anerkennt, ohne zugleich vor einem Reduktionismus zu kapitulieren, der jeden von uns nur durch einen einzigen Aspekt definiert. Die Auseinandersetzungen, die heute innerhalb feministischer Kreise geführt werden, sind ein anregender Wegweiser durch dieses Terrain.

## DANKSAGUNG

Dieses Buch hat sich aus langen Jahren der Diskussion und Debatte heraus entwickelt, und ich wüßte nicht, wo ich beginnen sollte, all jene zu würdigen, die mich beeinflußt haben. Für ihre Kommentare zu früheren Versionen möchte ich mich gleichwohl bei Michèle Barrett, Ciaran Driver, Philip Green, Sophie Watson und Iris Young bedanken, die freilich in keiner Weise für die Ergebnisse verantwortlich zu machen sind. Mein Lektor David Held hat entscheidend dazu beigetragen, mich zur Verbesserung meines ersten Entwurfs zu veranlassen. Und das City of London Polytechnic bemaß großzügig die Zeit, die ich an diesem Buch arbeiten konnte, wofür ich überaus dankbar bin.